

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Bürokratieabbau in Berliner Krankenhäusern

Drucksachen 19/2416, 19/2279-1 und 19/2279

Der Senat von Berlin
WGP - I D -
Tel.: 9028 (928) 1864

An das

Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über Bürokratieabbau in Berliner Krankenhäusern

- Drucksachen Nrn. 19/2416, 19/2279-1 und 19/2279 -

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 22.05.2025 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, analog zum laufenden bayerischen Modellprojekt, ein Aktionsbündnis „Bürokratieabbau für Berliner Krankenhäuser“ bestehend aus Senat, Medizinischem Dienst, Berliner Krankenhausgesellschaft sowie Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen zu gründen, Handlungsfelder zu definieren, Lösungskonzepte zu entwickeln und diese mit einem Handlungsplan praktikabel umzusetzen. Als mögliche Maßnahmen kommen dabei unter anderem in Betracht:

- Vereinfachungen bei Entgeltverhandlungen z. B. bei Zusatzentgelten mittels „gemeinsamer Hinweise“ anstelle von aufwändigen krankenhausindividuellen Verhandlungen
- aufwandsärmere Strukturprüfungen und Qualitätskontrollen
- Optimierung der medizinischen Begründungen (MBEG)
- Etablierung eines Modellprojekts Vorabprüfungen
- Überprüfung landesrechtlicher Normen nach Aufwand und Nutzen
- weitere kooperative Projekte und Absprachen, die geeignet sind, den bürokratischen Aufwand auf allen Seiten zu reduzieren.“

Hierzu wird berichtet:

Im Anschluss an die 66. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. Mai 2025 wurde das Thema „Bürokratieabbau in Krankenhäusern“ im Fachausschuss für Krankenhausplanung erörtert.

Auch wenn der Fokus des Gremiums derzeit im Bereich der Krankenhausplanung auf der erfolgreichen Umsetzung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVVG), liegt, steht dieser Themenkomplex doch auch eng mit dem Thema „Bürokratieabbau in Krankenhäusern“ zusammen. Denn das KHVVVG soll eine grundlegende Reform der aktuellen Krankenhausplanung und -finanzierung mit sich bringen.

Zudem sind Mitglieder im Fachausschuss u. a. Vertreterinnen und Vertreter der Berliner Krankenhausgesellschaft, der Kostenträger und des Medizinischen Dienstes.

Zum Aktionsbündnis „Bürokratieabbau in Berliner Krankenhäusern“ wurden die Mitglieder unter Hinweis auf die 66. Sitzung des Abgeordnetenhauses, die getroffenen Beschlüsse und das bayrische Modellprojekt gebeten, Vorschläge an die Senatsverwaltung zu melden und es gab bereits bilaterale Gespräche. Ferner wurde angekündigt hierzu gesondert einzuladen.

Die Senatsverwaltung haben mehrere Rückmeldungen erreicht, die derzeit geprüft werden. Für August ist ein Treffen mit den wesentlichen Akteuren angesetzt.

Parallel dazu überprüft die Senatsverwaltung bereits landesrechtliche Normen nach Aufwand und Nutzen.

Ausgangspunkt für die Arbeit werden die Ergebnisse des Modellprojekts zum Bürokratieabbau in bayrischen Kliniken sein, die in einem mehrmonatigen Prozess von März bis Juli 2023 unter Beteiligung u. a. von einzelnen Kostenträgern, des Medizinischen Dienstes, der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und der Hochschule Fresenius entstanden sind.

Hierbei wurde ein 10-Punkte Handlungsplan entwickelt, der sich, wie im Beschluss beschrieben, u. a. mit Fragen zu Vereinfachungen bei Entgeltverhandlungen, der Gestaltung aufwandsärmerer Strukturprüfungen und Qualitätskontrollen, der Optimierung der medizinischen Begründungen (MBEG) und weiteren Punkten befasst.

Es wird geprüft werden, welche Regelungen davon auch in Berlin sinnvoll umgesetzt werden können. Zugleich werden landesrechtliche Vorschriften auf den Prüfstand gestellt, um eine Entlastung zu erreichen und ggf. neue Impulse der Beteiligten diskutiert.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

- a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:
Keine.
- b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:
Bindung von Personalressourcen in der SenWGP.

Berlin, den 5. August 2025

Der Senat von Berlin

Stefan Evers
Bürgermeister

Dr. Ina Czyborra
Senatorin für Wissenschaft
Gesundheit und Pflege